

Stellungnahme des Elternbeirats Kita Sonnenschein zur Anhebung der Verpflegungsgebühr

Sehr geehrter Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg,

im Namen der Elternschaft der Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg möchten wir uns zur geplanten Erhöhung der Verpflegungsgebühren äußern. Wir verstehen die finanziellen Herausforderungen, vor denen die Stadt im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprozesses steht, möchten jedoch betonen, dass bereits eine Erhöhung der Kita-Gebühren im Februar 2024 vorgenommen wurde, der wir bereits ablehnend gegenüberstanden. Diese Anhebung wurde damals als notwendige Maßnahme bezeichnet, um die Eltern an den „immensen Kosten der frühkindlichen Betreuung“ zu beteiligen. Daher erscheint es fragwürdig, warum nun eine weitere Erhöhung im Raum steht.

Essenspauschale zur Haushaltskonsolidierung führt zu Ungerechtigkeit für Eltern

Die Essenspauschale wurde bisher als ein Beitrag zur Kostendeckung für die Verpflegung der Kinder angesetzt, und viele Eltern haben die Pauschale als fairen Anteil für eine qualitativ hochwertige Kita-Verpflegung akzeptiert. Falls die geplante Erhöhung der Verpflegungsgebühren tatsächlich teilweise dazu verwendet werden sollte, das städtische Haushaltsdefizit zu decken, wäre dies aus unserer Sicht kritisch zu bewerten. Eltern zahlen Verpflegungsgebühren in der Erwartung, dass diese Mittel direkt in die Qualität und Versorgung der Kita-Verpflegung fließen. Eine Zweckentfremdung könnte zu Vertrauensverlust führen, da die Familien mehr bezahlen müssten, ohne dass die Qualität der Mahlzeiten verbessert werden. Eltern werden dadurch gezwungen, über die Verpflegungskosten ihrer Kinder hinaus zu allgemeinen Haushaltsdefiziten beizutragen – was unangebracht und unsozial ist, da Familien keine Verantwortung für das Stadtbudget tragen sollten.

Soziale Gerechtigkeit und Belastung der Familien

Gerade sozial schwächere Familien sind durch ständige Kostensteigerungen erheblich belastet. Die steigenden Mieten, Energiepreise und nun auch höhere Verpflegungskosten bringen viele Familien an ihre Grenzen. Neben den gestiegenen Kitagebühren Anfang 2024 könnten nun noch steigende Essenskosten dazu führen, dass insbesondere Familien mit niedrigerem Einkommen finanziell überfordert sind und unter Umständen die Betreuungsangebote der Kitas reduzieren bzw. nicht mehr nachfragen, da einfach zu teuer. Dies birgt die Gefahr, dass gerade diejenigen, die Unterstützung am dringendsten benötigen, aufgrund steigender Kosten von der frühkindlichen Förderung ausgeschlossen werden. Das Defizit im Haushalt sollte nicht auf dem Rücken der Familien, die bereits steigende Kosten in anderen Lebensbereichen tragen müssen, ausgeglichen werden.

Keine Verbesserung der Essensqualität trotz steigender Kosten

Die Erhöhung führt nach aktuellem Stand nicht zu einer Qualitätssteigerung bei den Mahlzeiten, was besonders ärgerlich für Eltern ist. Familien werden durch die Mehrkosten finanziell stärker belastet, ohne dass ihre Kinder davon profitieren. Dieser Ansatz schafft Unzufriedenheit und das Gefühl, dass die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Eltern nicht im Fokus stehen. Eine Erhöhung der Pauschale, die nur Haushaltsdefizite deckt, wird dem ursprünglichen Zweck der Essenspauschale nicht gerecht und stellt die Gerechtigkeit und Transparenz infrage. Mit welcher Begründung argumentieren Sie die Erhöhung der Mahlzeitenpauschale?

Lösung: Zwei Milliarden Euro vom Bund zur Qualitätssteigerung

Die Bundesregierung hat im Oktober 2024 das neue Kita-Qualitätsgesetz beschlossen, das ab dem 1. Januar 2025 in Kraft tritt. Im Rahmen dieses Gesetzes werden den Bundesländern insgesamt vier Milliarden Euro über zwei Jahre zur Verfügung gestellt, um die Qualität in den Kitas zu verbessern und unter anderem auch die Personalsituation zu entlasten. (Quelle: BMFSFJ).

Diese Mittel werden über die Jahre 2025 und 2026 verteilt und sind an konkrete Qualitätsziele gebunden. So sollen die Bundesländer das Geld unter anderem für die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften, eine **gesunde Verpflegung**, Bewegungsangebote und eine bessere Sprachförderung verwenden. Wir fordern die Stadt dazu auf, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz zu nutzen, um die Qualität der Kinderbetreuung zu sichern und den städtischen Haushalt zu entlasten, anstatt die Eltern durch höhere Gebühren zusätzlich zu belasten und damit deren Vertrauen sowie die Glaubwürdigkeit gegenüber den Familien langfristig zu schädigen.

Abschließend kann gesagt werden, dass es ungerecht ist, dass Familien mit Kindern durch die erhöhte Essenspauschale stärker belastet werden als kinderlose Bürger, obwohl die Verantwortung für das Haushaltsdefizit alle Bürger gleichermaßen betrifft. Familien laufen Gefahr, durch weitere städtische Maßnahmen, wie steigende Steuern und Gebühren, zur Haushaltskonsolidierung doppelt belastet zu werden, was ihre finanzielle Situation zusätzlich erschwert und einer fehlenden Gleichbehandlung gleichkommt.

Wir hoffen, dass unsere Vorschläge in die Entscheidungsfindung einfließen und stehen für einen konstruktiven Dialog gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Elternbeirat Kita Sonnenschein